



Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)
Association suisse des services des habitants (ASSH)
Associazione svizzera dei servizi agli abitanti (ASSA)
Associazioni svizra dals servetschs als abitants (ASSA)

Jahresbericht des Präsidenten 2013/2014

(Berichtsjahr vom 1. April 2013 bis 31. März 2014)



Bildquelle: Schweizerhof Landquart

Wer die Daten hat, hat die Macht!

Es ist davon auszugehen, dass die National Security Agency NSA weiss, dass der Präsident des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste VSED gerne Cordon bleu isst (siehe SMS vom 25.2.2014: „lieber schatz, das cordon bleu zum zmittag war lecker, lg stephan“), Anhänger des FC Basel (voraussichtlicher Schweizer Fussball-Meister 2013/2014) ist und in seiner Freizeit häufig und erfolgreich Sudoku spielt (auf dem Experten-Level).

Vermutlich habe ich als unbedarfter Handy-Nutzer irgendwann mit einem „Ich akzeptiere“ in den ellenlangen Nutzungsbestimmungen mein ausdrückliches Einverständnis für die Profilerstellung mit Cordon bleu, FCB und Sudoku gegeben. Die Vorstellung, dass ein Geheimdienstler bei der NSA bei diesem Profil den Kopf schüttelt, amüsiert irgendwie und gibt gleichzeitig zu denken.

Der Skandal um den US-amerikanischen Whistleblower und ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden enthüllte Anfang Juni 2013, wie die Vereinigten Staaten seit spätestens 2007 in großem Umfang die Telekommunikation und insbesondere das Internet global und verdachtsunabhängig überwachen. Es scheint, dass Personendaten ein wichtiger Rohstoff für die Profilerstellung sind. Wer die Daten hat, hat die Macht. Das haben nicht nur Facebook und Co., das haben auch andere Mächtige der Welt erkannt.

Mit meinen privaten Daten kann ich tun und lassen was ich will, nicht aber mit den Daten des Einwohnerregisters. Den Einwohnerdiensten ist per Gesetz die korrekte Führung der Register übertragen. Darin befinden sich die Daten unserer Einwohnerinnen und Einwohner (darunter vertrauliche und besonders schützenswerte), welche uns anvertraut sind. Sie bedürfen unserer besonderen Anstrengungen: Wir haben alles daran zu setzen, dass unsere Register sicher und vor dem Zugriff Unbefugter geschützt aufbewahrt und bei der Datenabgabe die Datenschutz-Bestimmungen eingehalten werden.

Im vergangenen Jahr ist der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED von zahlreichen Institutionen kontaktiert worden. Bei allen Anfragen ging es um Themen wie strukturierter Adressaustausch, Informationsaustausch mit Einwohnerdiensten oder um Abfragemöglichkeiten in den Einwohnerregistern. Die zahlreichen Anfragen verwundern nicht: Überall wird nach Möglichkeiten gesucht, Prozesse zu vereinfachen und die Entwicklung der Technik zur Effizienzsteigerung zu nutzen. Weshalb sollen die kantonalen Einwohnerregister, die wie Pilze aus dem Boden schießen, nicht in einem eidgenössischen Einwohnerregister zusammengefasst werden?

Sorge tragen zu den uns anvertrauten Daten vs. Entwicklung und Effizienz ermöglichen – in diesem Spannungsfeld der Begehrlichkeiten bewegen sich die Einwohnerdienste und deren Verband. Der VSED hat sich für das „Ja, aber...“ im Umgang mit den Personendaten entschieden. Er sagt „Ja“ zu einer verbesserten Nutzung dieser Daten durch Berechtigte (zum Beispiel Bund, Bundesbetriebe, kantonale Amtsstellen etc.); er warnt aber davor, die Daten allzu leichtfertig zugänglich zu machen. Rechtsgrundlagen, Einhaltung der Datenschutzbestimmungen sowie organisatorische und technische Massnahmen sollen dazu beitragen, dass ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann. Die Einwohnerin bzw. der Einwohner muss sich auf uns 100-prozentig verlassen können.

Der VSED warnt auch davor, die Daten einfach zu „verscherbeln“. Die Daten der Einwohnerregister werden von den Gemeinden mit grossem Aufwand gepflegt und sie haben, nicht nur dank der Registerharmonisierung, einen beachtlichen Qualitätstand erreicht. Wer diese Daten nutzen will, soll einen finanziellen Beitrag an die Datenpflege leisten.

Sie sehen: Der VSED ist gefragt. Gefragt sein verpflichtet zu Engagement und zur Übernahme von Verantwortung. Der VSED wird sich den Herausforderungen der Zukunft verantwortungsbewusst stellen und mit seinen Partnern kompetent und verlässlich zusammenarbeiten.

Für das Interesse, das Sie dem VSED und seiner Arbeit entgegenbringen, danke ich Ihnen herzlich.

Wichtigste Themen

- eUmzugCH (VSED als federführende Organisation)
- „Eidg. Einwohnerregister“ (Arbeitstitel)
- Zukunft der Identitätskarte (NAVIG und IDK 2016)
- Katalog der Merkmale
- Abschaffung des Heimatscheins

eUmzug.ch

Der VSED ist federführende Organisation im E-Government-Vorhaben A1.12 „Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug“ (eUmzug.ch). Ziel ist und bleibt, dass der Meldeprozess zwischen Einwohner/in und Verwaltung online abgewickelt werden kann und dass Dritte (Verwaltungsstellen, private Unternehmen) unter Wahrung der Datenschutzbestimmungen über die Adressänderung informiert werden können.

Der VSED hat zu diesem Zweck auch für 2014 einen Rahmenvertrag mit dem Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB, Eidg. Finanzdepartement) abgeschlossen, der die Zusammenarbeit, die Rechte und Pflichten regelt. Wichtiger Bestandteil der Vereinbarung ist die Verpflichtung zur Umsetzung des Aktionsplans 2014. Der Aktionsplan stellt die personellen und finanziellen Ressourcen zur Erreichung folgender Ziele bei:

- Aufbau einer funktionierenden neuen Trägerschaft
- Aufnahme des Pilotbetriebs eUmzug.ch mit ausgewählten Partnern (Gemeinden, Software-Anbietern, private Unternehmen)

Unter der externen Projektleitung von Christian Dolf (Bint GmbH, Winterthur) engagierten sich Matthias Beuttenmüller (Solothurn), Roger Meili (Zürich), Dieter Hofbauer (Basel) und Stephan Wenger (St.Gallen) im Projektkernteam. Die Arbeit ist sehr anspruchsvoll und komplex. Neben technischen stellen sich auch viele fachliche, organisatorische und juristische Fragen. Im Berichtsjahr konnten ein paar Meilensteine erreicht werden:

- Durchführung einer Sitzung der Begleitgruppe in Solothurn (26. September 2013)

- Abnahme des Lösungskonzepts sowie des Berichts zu künftiger Trägerschaft und Finanzierungsmodellen durch den Projektsteuergsausschuss
- Vorarbeiten für repräsentativen und produktiven Pilot, welcher für 2014 vorgesehen ist
- Starke Vernetzung mit zahlreichen Partnern (Software-Anbieter, Gemeinden, Kantone, Bundesstellen etc.)

Aus vergaberechtlichen Gründen musste per Mitte November 2013 leider die Zusammenarbeit mit Christian Dolf beendet werden. Ein kompetenter Nachfolger bzw. eine kompetente Nachfolgerin ist zum Zeitpunkt dieses Berichts noch nicht gefunden. Die Folgen für das Projekt (zeitlich, finanziell, Image) lassen sich im jetzigen Zeitpunkt schwer abschätzen.

„Eidg. Einwohnerregister“ (Arbeitstitel)

Am 29.9.2011 reichte Ständerat Hannes Germann (SVP/SH) eine parlamentarische Initiative ein, um Art. 12, Abs. 2 RHG wie folgt abzuändern:

„Die Post und die für die Führung der Einwohnerregister zuständigen Amtsstellen teilen sich die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten von Einwohnerinnen und Einwohnern mit. Der Austausch findet regelmässig, strukturiert und in codierter elektronischer Form statt. Der Bundesrat regelt die Modalität der Bekanntgabe.“

Die Initiative Germann wollte demnach den Datenaustausch zwischen der Post und den Gemeinden erweitern und automatisieren.

Nach einem längeren Hin und Her zwischen beiden Räten wurde die parlamentarische Initiative Germann durch das Plenum des Nationalrats am 10. September 2013 definitiv abgelehnt. Das Plenum beauftragte dagegen den Bundesrat mittels eines Kommissionspostulats zu prüfen, ob die rechtlichen Grundlagen für einen erweiterten Adressenaustausch zwischen Gemeinden, Post und anderen Dateninhabern geschaffen werden sollen. Dabei sollten insbesondere Kosten, Nutzen und Risiken eines solchen Austauschs genauer untersucht werden.

Der Bundesrat zeigte sich bereit, diese Fragen im Rahmen der Revision des Datenschutzgesetzes zu prüfen (Zuständigkeit: Bundesamt für Justiz).

Text des Postulats der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (eingereicht am 17. August 2012):

„Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob die rechtlichen Grundlagen für einen erweiterten, automatischen Adressdatenaustausch zwischen verschiedenen öffentlichen Dateninhabern, insbesondere der Schweizerischen Post, und den für die Führung der Einwohnerregister zuständigen Amtsstellen geschaffen werden sollen. Dabei ist insbesondere folgenden Aspekten Rechnung zu tragen:

- *zu erwartende Einführungs- und Betriebskosten und konkreter Nutzen für die Gemeinden, die Post und die Bundesstatistik;*
- *Risiken und Grenzen des Datenhandels;*
- *Risiko von juristischen Beschwerden und Klagen von Privatpersonen;*
- *Grenzen des geltenden Rechts und voraussichtlich notwendige Anpassungen des Registerharmonisierungs- und des Datenschutzgesetzes.“*

Der Vorstand des VSED hat die Thematik immer wieder diskutiert. Nachdem immer mehr kantonale Einwohnerregister entstehen, verschliesst er sich der Entwicklung in Richtung weiterer Vernetzung der Register nicht. Voraussetzung dafür sind aber

- eine unmissverständliche rechtliche Grundlage,
- Registerführung (Datenhoheit) in den Einwohnerdiensten der Gemeinden,
- keine kommerzielle Nutzung der Daten durch die Nutzer sowie

- Einhaltung der Datenschutzgesetzgebung durch organisatorische und technische Massnahmen.

Von einem systematischen Adressdatenaustausch, bei dem sedex als Datenplattform denkbar ist, profitieren die Gemeinden, die Verwaltungsstellen des Bundes und der Kantone, die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die gesamte schweizerische Volkswirtschaft. Wenn man allerdings miterlebt, wie schwer sich Bund und v.a. die Kantone nur schon mit der Abschaffung des Heimatscheins (und der damit verbundenen Abfragemöglichkeit der Einwohnerdienste auf Infostar) tun, dann wird bis zur Realisierung noch viel Wasser die Aare/Reuss/Rhone/Broye/Limmat/Thur/Sitter oder den Ticino hinunterfliessen...

Eine Arbeitsgruppe des VSED begleitet die Vorarbeiten und den politischen Prozess.

Zukunft der Identitätskarte (Neues Antragsverfahren für Identitätskarten in den Gemeinden / NAVIG)

In 18 Kantonen können Identitätskarten noch bei den Einwohnerdiensten der Wohnsitzgemeinden beantragt werden. Das heute dafür verwendete Papierformularverfahren wird 2014 durch ein neues elektronisches Verfahren abgelöst. Das von fedpol geführte **Projekt NAVIG** wurde mit der Entwicklung und Einführung der neuen Lösung beauftragt. fedpol hat unter Einbezug der Gemeinden und Kantone die elektronische Lösung konzipiert. Das ISC-EJPD entwickelt alle notwendigen Softwarekomponenten.

Für die Nutzung des neuen Verfahrens benötigen die Gemeinden im Minimum einen Computer, eine Internetverbindung und einen Scanner. Verschiedene Ausbaustufen sind möglich (Übernahme von Daten aus Einwohnerregister, Anbindung von Unterschriften Pad oder direkter Import von digitalen Fotos).

2013 wurden die Applikation ISA-NAVIG und die notwendigen Anpassungen beim zentralen Informationssystem Ausweisschriften spezifiziert, programmiert und internen Tests sowie auch Feldtests unterzogen. Anfang 2014 wurde ein Pilotbetrieb mit der neuen Applikation durchgeführt. Anschliessend findet das gestaffelte Rollout statt. Bis Ende 2014 sollen alle betroffenen Gemeinden das neue Antragsverfahren nutzen können und das alte Verfahren mit den Papierantragsformularen wird dann eingestellt.

Der VSED war mit drei Mitgliedern in der begleitenden Arbeitsgruppe involviert.

Das EJPD hat Ende 2012 vom Bundesrat den Auftrag erhalten, bis Mitte 2014 ein Konzept und einen Gesetzesentwurf für eine **elektronische Identität (eID)** zu entwerfen, die zusammen mit der neuen Identitätskarte angeboten werden soll. Als federführende Stelle hat fedpol die Konzeptarbeiten im Verlauf des Jahres 2013 vorangetrieben. Die verwaltungsinternen Arbeiten zeigten, dass die künftige eID nach verschiedenen Modellen mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen konzipiert werden kann. Der aktuelle Stand der Überlegungen wurde daher als 'Konzeptstudie elektronischer Identitätsnachweis' mit vier Lösungsvarianten am 14. August 2013 den interessierten Kreisen zu einer informellen Konsultation unterbreitet.

Gestützt auf die Stellungnahmen sollte eine favorisierte Variante bestimmt, ein entsprechendes Lösungskonzept erarbeitet und dem Bundesrat, zusammen mit einem Rechtsetzungspaket, bis Mitte 2014 zur Eröffnung der Vernehmlassung vorgelegt werden.

Der VSED hat sich an dieser informellen Konsultation ebenfalls beteiligt.

Katalog der Merkmale

Gemäss Art. 4 des Registerharmonisierungsgesetzes vom 23. Juni 2006 (RHG, RS 431.02) publiziert das Bundesamt für Statistik (BFS) regelmässig einen amtlichen Katalog der Merkmale (Merkmalskatalog), der Angaben zu den Merkmalsausprägungen, zu den Nomenklatu-

ren sowie zur Liste der notwendigen Kodierungen enthält, die eine Harmonisierung der amtlichen Personenregister erlauben. Der derzeitige Merkmalskatalog ist seit 2008 gültig. Seither sind mehrere Änderungen bei der Führung gewisser Merkmale vorgenommen worden, die eine Aktualisierung des Merkmalskatalogs begründen.

Unter der Federführung des Bundesamtes für Statistik wurde der Merkmalskatalog überarbeitet. Der VSED hat sich am Vernehmlassungsverfahren beteiligt und seine Anliegen eingebracht. Mit dem überarbeiteten Merkmalskatalog (die endgültige Fassung wird im Frühjahr 2014 publiziert) steht den Einwohnerdiensten wie den Software-Anbietern ein wichtiges Arbeitsinstrument aktualisiert zur Verfügung.

Abschaffung des Heimatscheins

Der VSED hat am 22. August 2013 eine Eingabe an die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements EJPD, Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga, gemacht und um Unterstützung bei der Abfragemöglichkeit für Einwohnerdienste in Infostar und die damit verbundene Abschaffung des Heimatscheins ersucht. Über die Antwort

(...) Ich darf erfreut feststellen, dass sich Ihr Verband mit guten Vorschlägen im Projekt E-Government einbringt und sich dafür einsetzt, administrative Abläufe zu vereinfachen und Kosten zu sparen. Ihr Engagement findet meine volle Unterstützung. (...)

hat sich der Vorstand sehr gefreut; nur den Tatbeweis der „vollen Unterstützung unseres Engagements“ ist uns Frau Sommaruga bis heute schuldig geblieben. Ob der mutige Vorschlag der Änderung im ZGB realisiert wird, ist nach wie vor offen. Starker Widerstand ist von Seite der Kantone spürbar.

Verschiedene Themen

Der VSED war und ist bei vielen anderen Themen gefragt und gefordert:

- eCH-Standards (Fachgruppe Meldewesen, Vertretung Katrin Aeberhard, Roger Meili, Carmela Schürmann und Erika Bucher Huwyler)
- Meldewesen Dritter (Arbeitsgruppe, Leitung Daniela Fusco, Vertretung Matthias Beuttenmüller)
- Unique Person Identification UPI (Betriebskommission der ZAS, Vertretung Walter Allemann)
- Strukturierter Adressaustausch Post – Gemeinde (Arbeitsgruppe, Vertretung Matthias Beuttenmüller, Daniela Fusco und Luis Gomez)
- Neues Antragsverfahren Identitätskarte (Arbeitsgruppe, Vertretung Bernarda Perren, Bettina Glaus, Pascal Vurlod)
- Stellenbewertungen EWD (Arbeitsgruppe, Stephan Wenger, Heinz Gallus und Werner Kausch)

Vorstand

Der erweiterte Vorstand hat viel und gute Arbeit geleistet. An sieben Sitzungen (davon eine 2-tägige in Lausanne) wurden die Themen, die unseren Verband betreffen, bearbeitet. Die neuen Vorstandsmitglieder Carmela Schürmann (Zürich), Fritz Schütz (Basel) und Nicolas Wolleb (Fribourg) haben sich gut eingearbeitet und sind mit ihrer Ausbildung und beruflichen Erfahrung eine wertvolle Verstärkung.

Unter der Leitung des Präsidenten **Stephan Wenger** (St.Gallen) waren die elf Vorstandsmitglieder für die folgenden Ressorts zuständig:

- Sekretariat, Organisation Generalversammlung: **Walter Allemann** (Wettingen)

- Protokollführung, Vizepräsidentin: **Bernarda Perren** (Zermatt)
- Kassaführung, Mutationswesen: **Heinz Gallus** (Chur)
- Weiterbildung: **Fritz Schütz** (Basel)
- E-Gov, Information, Website: **Matthias Beuttenmüller** (Solothurn), **Stephan Wenger** (St.Gallen)
- Spezialaufgaben, Übersetzungen: **Dominique Monod** (Lausanne), **Nicolas Wolleb** (Fribourg) und **Massimo Cavalleri** (Lugano)
- Vernehmlassungen: **Carmela Schürmann** (Zürich)
- Rechtsauskünfte (Erste Hilfe): **Jolanda Bischoff** (St.Gallen)

Mitglieder

Der Mitgliederbestand hat sich bei über 500 Mitgliedern eingependelt. Das ist ein schöner Erfolg, bedingt aber auch einiges an Arbeit für die Mitgliederverwaltung in Chur. Die Arbeit von Heinz Gallus und Maria Lenz sei herzlich verdankt.

Übersetzungen

Sabine Tavan, unsere Übersetzerin deutsch/französisch, hat ihr Arbeitspensum als Sachbearbeiterin in den Einwohnerdiensten Binningen BL erhöht und ihr Engagement beim VSED deshalb beendet. Vielen Dank, Sabine, für die unkomplizierte Zusammenarbeit.

In der Person von Liliane Saska haben wir sehr rasch Ersatz gefunden. Liliane Saska arbeitete bis zu ihrer Pensionierung vor ca. einem Jahr als Sachbearbeiterin beim Eidg. Amt für Zivilstandswesen und bringt ausgezeichnete Voraussetzungen für die Übersetzungstätigkeit mit.

In einem etwas kleineren Pensum hat im Sommer 2013 Aurora Pezzano die Übersetzungen deutsch/italienisch übernommen. Aurora Pezzano arbeitet als Sachbearbeiterin in den Einwohnerdiensten Zuchwil SO und bringt nebst ihren italienischen Wurzeln den fachlichen Hintergrund aus den EWD mit.

Der Vorstand hofft, mit den Dienstleistungen von Liliane Saska und Aurora Pezzano unseren Mitgliedern in der Westschweiz und im Tessin einen echten Mehrwert zu bieten.

Stellenbewertungen in den Einwohnerdiensten

Aus formellen Gründen (die Ausgabenkompetenz des Vorstands war gemäss Statuten nicht ausreichend) musste dieses Projekt ein halbes Jahr zurückgestellt werden. Nach Statutenänderung und Budgetbeschluss an der nächsten GV wird das Projekt unverzüglich angegangen.

Eine Arbeitsgruppe hat bereits die Arbeit aufgenommen. Die Arbeitsgruppe wird zusammen mit der Fachhochschule St.Gallen ein Tool erarbeiten, welches differenzierte Stellenbewertungen ermöglicht. Grundlage für die Auswertung ist ein sehr detaillierter Aufgabenkatalog, der von einer möglichst repräsentativen Gruppe von Einwohnerdiensten zusammengestellt wird. Über die weiteren Schritte in diesem Projekt werden wir informieren, sobald der Kick off erfolgt ist.

Information

Unsere Website www.einwohnerdienste.ch hat die Information in Papierform fast gänzlich abgelöst. Wir erhalten von verschiedenen Seiten immer wieder positive Rückmeldungen zum Webauftritt des Verbandes und die zeitnahe Information.

Generalversammlungen

Die 64. Generalversammlung fand am 2./3. Mai 2013 in Lugano statt. Das OK mit Lauro Gianinazzi und Vorstandsmitglied Massimo Cavalleri verstand es bestens, uns die Stadt Lugano von ihrer Sonnenseite zu präsentieren. Die Referate

- „eUmzug.ch - ein Projekt revolutioniert das Meldewesen“ (Christian Dolf, Projektleiter)
- „Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) und die Auswirkungen auf die Einwohnerdienste“ (Prof. Christoph Häfeli, lic.iur., Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz)

interessierten und auch die Ausführungen von Mario Massa zu den Ergebnissen der Vernehmlassung Änderungen ZGB (Abfragemöglichkeit der Einwohnerdienste auf Infostar) hatten einen direkten Bezug zu unserer täglichen Arbeit. Das Abendessen im „Hotel de la Paix“ rundete den ersten Tag ab.

Der zweite Tag war dann „Tessin pur“. Beim Ausflug auf den San Salvatore, einer Stadtführung sowie der Fahrt auf dem Luganersee hatten die Mitglieder Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zur weiteren Vernetzung.

An der 65. Generalversammlung ist der VSED am Murtensee zu Gast. Am 22. und 23. Mai 2014 trifft sich der Verband in Murten/Morat FR zu seiner jährlichen Zusammenkunft. Das Organisationskomitee unter der Leitung von Urs Höchner und Manuela Fornasiere hat keine Kosten und Mühen gescheut, das Städtchen von seiner besten Seite zu präsentieren; sie werden den Verbandsmitgliedern stolze Gastgeber sein.

Ich freue mich, viele (auch neue) Mitglieder an unserer Generalversammlung begrüßen zu können.

Dank

Am Schluss dieses intensiven Verbandsjahres danke ich allen, welche sich für den VSED in irgendeiner Form engagiert haben. Mein Dank gilt

- meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand für die beispielhafte Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung;
- der Revisionsstelle für die korrekte Prüfung von Kasse und Buchhaltung;
- den Übersetzerinnen für die wertvolle Dienstleistung;
- unserem Weiterbildungspartner Peter Rütimann und seinem Sekretariat für die professionelle Organisation der Weiterbildung;
- den Partnernverbänden für die wertvollen Kontakte;
- den Dienststellen des Bundes für die partnerschaftliche Zusammenarbeit;
- allen über 500 Mitgliedern, welche dem VSED ihr Vertrauen schenken.

St.Gallen, 20. März 2014

Stephan Wenger
Präsident VSED